



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/65 - 19.3.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 590

Hinweise  
auf den Inhalt:

Beamtenaufblähung in Bonn	S. 1
Schweden und die Pariser Verträge	S. 3
Politische Bildung - Lebensfrage der Demokratie	S. 4
Um das Klagerecht der Berliner Bundestags- abgeordneten	S. 5

## Ministerialrats-Inflation

F.B. Von Jahr zu Jahr wächst die Verwaltung. Aber nicht nur das, von Jahr zu Jahr wird auch das Heer der Ministerialbürokratie größer. Während beispielsweise das Reich 1932/33 Beamte der Besoldungsgruppe B, das ist die feste Stufe der Ministerialdirigenten und höher, nur 221 zählte, sind es 1955 in der Bundesverwaltung 545. Die Steigerung in der Besoldungsgruppe A 1, das sind Ministerialräte, ist noch höher, denn während das Reich mit 537 auskam, benötigen die Bundesverwaltungen 958. Die Bundesverwaltung hat doppelt so viele Ministerialräte, -dirigenten und -direktoren, wie das flächenmäßig größere und volkreichere frühere deutsche Reichsgebiet aufwies.

Es mag zu einem Teil darauf zurückzuführen sein, dass das seit Jahren von der Bundesregierung nicht gelöste Problem der Besoldungsneuordnung dazu geführt hat, dass wir zu unechten Stellenanhebungen gekommen sind. Das allein aber erklärt nicht das Phänomen der riesigen Aufblähung der Ministerialbürokratie. Man muß es so offen aussprechen: In den Bonner Ministerien, insbesondere in den nicht-klassischen, ist die Beförderung oft eine Belohnung für Dienste, die weniger mit dem Staat, als mit der jeweiligen Regierungspartei zusammenhängen.

Nun hat sich der Haushalts-Ausschuss in jedem Jahr und auch in diesem mit teilweise recht gutem Erfolg gegen diese Aufblähung ge-

wehrt, wenn auch nachher bei den entscheidenden Abstimmungen im Plenum die Koalitionstreue den Sachverstand im Stich ließ.

So ist es auch in diesem Jahr. Der Haushalts-Ausschuß hat eine Reihe von Stellenanhebungen abgelehnt, der Bundesrat hat sich dem angeschlossen. Aber das hat die Bundesregierung nicht daran gehindert, in der Drucksache 1260 als Nachtrag und als Folge der ablehnenden Haltung des Haushalts-Ausschusses eine neue Vorlage einzubringen, die insgesamt wieder 38 Stellenanhebungen in der hohen Ministerialbürokratie vorsieht. Der Bundesrat hat diesen Vorstoß mit der höflichen Formulierung

"der Bundesrat bittet die Bundesregierung zu prüfen, ob nicht von einer Weiterverfolgung der Ergänzungsvorlage abgesehen werden kann"

abgelehnt. Die Bundesregierung hat auch diesen wohlgemeinten Rat in den Wind geschlagen und hält an ihrer Vorlage fest.

Es ist aber auch interessant, die Einzelpositionen dieser Vorlage einmal zu untersuchen. So soll beispielsweise in dem völlig überflüssigen Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates (Hellwege-Ministerium) der kw-Vermerk für den Staatssekretär in Fortfall kommen. Man will also für dieses Ministerium einen Staatssekretär auf Dauer schaffen. Darüber hinaus will man in diesem Ministerium auch eine Oberregierungsratsstelle schaffen mit der Begründung, dass für die Bearbeitung der Besoldung, des Reise- und Umzugskostenrechts unbedingt ein Oberregierungsrat erforderlich ist. Ein Amtmann täte es hier auch.

Noch grotesker ist es bei den sogenannten Bundesministerien für besondere Aufgaben, die gleich 4 Ministerialratsstellen fordern. Es heißt in der Begründung dazu:

"Die umfangreichen Aufgaben, die die Stellen des Kabinettsreferats und als Büroleiter wahrzunehmen haben, dürften diese Hebungen rechtfertigen".

Schon die Minister sind überflüssig, weil sie nichts zu tun haben, nun müssen aber auch noch für die Vorbereitung von kleinen Mappen für die Kabinettsitzungen Ministerialräte zuständig sein. Eine Aufgabe, die mit Geschick und dabei viel übrigbleibender Freizeit auch ein junger Regierungsrat erledigen könnte.

Aber hier zeigt sich, wo die Ursachen der Ministerialrats-Inflation in Bonn liegen. Es ist eine Überschätzung der Aufgaben, die ins Uferlose geht. Und man kann noch nicht einmal die Hoffnung haben, dass sich diesmal der Sachverstand des Haushalts-Ausschusses und des Bundesrates durchsetzen wird. Die falsch verstandene Koalitionstreue wird wahrscheinlich auch diesen blühenden Unsinn decken. \* \* \*

19.3.1955

Schwedens außenpolitische Linie

KRX, Stockholm

Im schwedischen Reichstag wurde kürzlich eine außenpolitische Debatte geführt, die auch die letzten Ereignisse um die deutsche Aufrüstung berührte. In der Regierungserklärung, die Außenminister Undén in der Zweiten und Ministerpräsident Erlander in der Ersten Kammer abgaben, wird u. a. darauf hingewiesen, dass die Ratifizierung der Pariser Verträge kaum als ein Schritt in der Richtung zur Herstellung der deutschen Einheit gewertet werden, ja, dass die Teilung Deutschlands nunmehr nicht als ein blosses Provisorium betrachtet werden kann. Es klang durch die Darstellung das Bedauern darüber, dass die Teilung Deutschlands auf unsehbare Zeit weiterdauern soll.

Vor allem aber war in der Regierungserklärung der Passus bedeutsam, der sich mit der Politik gegenüber der Sowjetunion beschäftigt. Die Möglichkeiten, die sich durch die geänderte Haltung der Sowjetunion nach dem Tode Stalins ergeben hätten, seien von den Westmächten offenbar nicht in genügender Weise gewürdigt worden. Im Gegenteil habe sich die Frontstellung des Westens gegenüber der Sowjetunion versteift.

Die bürgerliche Opposition im schwedischen Reichstag, die sonst die allianzfreie Haltung der Regierung unterstützt, beeilte sich in grob-demagogischer Art, aus der Regierungserklärung ein Liebedienern gegenüber der Sowjetunion zu lesen. Es gibt konservative Zeitungen, welche die Geschmacklosigkeit begehen, von der roten Brille des Außenministers zu reden. Die Oberflächlichkeit des politischen Denkens und Handelns, die jetzt zu einem großen Teile die Politik des Westens bestimmt, hat offenbar auch nach Skandinavien übergegriffen. Das, was man einmal politische Taktik nennen durfte, ist vollkommen strategischen Flaubensätzen gewichen.

Die Politik des gesunden Menschenverstandes, welche die SPD vertritt, ist just die Politik, der auch die schwedische Regierung huldigt. Und dies beileibe nicht, um Herrn Adenauer einen Possen zu spielen, sondern durchaus in der Absicht, dem eigenen Volke und der Menschheit einen Dienst zu erweisen. \* \* \*

Nicht nach dem Muster des Obrigkeitstaates

C.G. Das "Gutachten zur Politischen Bildung und Erziehung", das der "Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen" kürzlich veröffentlicht hat, stellt von allen Arbeiten dieses aus unabhängigen Persönlichkeiten bestehenden Gremiums die fundierteste und gewichtigste dar. Es enthält eine Reihe von konkreten Vorschlägen für den Einbau der politischen Bildung sowohl als eines allgemeinen Unterrichtsprinzips wie als eines besonderen Unterrichtsfachs in die Schule. Es geht dabei über die bisher vorliegenden Gutachten zu diesen Problemen weit hinaus. Denn es beschränkt sich erfreulicherweise nicht auf die mehr oder weniger technischen Fragen, sondern bemüht sich vor allem, die Bedingungen und Voraussetzungen zu klären, unter denen sich politische Bildung und Erziehung in der Schule überhaupt erst entfalten kann:

"Rechte politische Erziehung gelingt nur, wenn die Einrichtungen der Erziehung und Bildung selbst freie Gemeinschaftsordnungen sind. Die Schule darf nicht nach dem Muster des Obrigkeitstaates verfasst sein; sie muss vielmehr durch ihre Struktur und ihr Leben eine Erfahrung davon geben, was Freiheit und Verantwortung im Leben einer Gemeinschaft bedeuten. Die Lehrer und Erzieher sollen in ihren Schülern die freien Menschen von morgen schon und achten; sie sollen ihnen selbst als freie Bürger gegenüber-treten... Die Schule als Stätte der Begegnung zwischen Kindern aus allen Schichten unseres Volkes und zwischen den Generationen bietet den Kindern die ersten anschaulichen Erfahrungen unseres gesellschaftlichen Daseins."

Dieses Bild der Schule ist in der Bundesrepublik heute noch ein Idealbild; zu seiner Verwirklichung bedarf es mehr als nur einer Unterrichtsreform, die die politische Wirklichkeit unserer Zeit in den Unterrichtsstoff einbezieht - so notwendig diese auch sein mag. Es bedarf dazu vielmehr einer grundlegenden Schulreform, die anstelle des heutigen ständisch und konfessionell aufgespaltenen Schulwesens eine Schule aufbaut, die sowohl nach innerem Gehalt wie nach äußerer Gestalt "Vorform" der demokratischen Gesellschaft ist.

Grundlagen für diese Neuordnung des gesamten Schul- und Erziehungswesens zu erarbeiten, ist der eigentliche Auftrag des Deutschen Ausschusses. Mit seinem Gutachten über die politische Bildung ist er

über die Diskussion der aktuellen Einzelfragen hinaus zu diesen Grundlagen vorgestoßen. Möge er auf diesem Wege fortzuschreiben!

Die Aufgabe der für die Schule und Erziehung Verantwortlichen aber wird es sein, dafür zu sorgen, dass die Ergebnisse der Arbeit des Ausschusses nicht platonische Betonerungen bleiben, sondern in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Die Funktionsfähigkeit eines demokratischen Staates hängt letztlich davon ab, ob seine Bürger aktiv an Leben der Demokratie Anteil nehmen. Sie dazu zu befähigen, ist Aufgabe der politischen Bildung und darüber hinaus der gesamten Erziehung. Von dieser Sicht her gewinnt das Gutachten über das Pädagogische hinaus zentrale politische Bedeutung.

\* \* \*

#### Alliiertes als die Alliierten

Zu der Äußerung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dass die Saarklage durch Rückgriff auf das Bundesverfassungsgericht nur die parlamentarische Entscheidung "vertuschen" wolle und dass es sich dabei um einen Versuch handele, die Abstimmung im Rat der französischen Republik zu verzögern, wird von maßgebenden Kreisen des antragsberechtigten Drittels des Deutschen Bundestages erklärt:

Es ist traurig, dass eine Regierungspartei zwischen politischen Fragen und Rechtsfragen nicht zu unterscheiden weiß. In der Zwischenzeit hat das Bundesverfassungsgericht selbst festgestellt, dass es die ihm nach dem Grundgesetz obliegende Aufgabe ist, über rechtliche Zweifel die endgültige Entscheidung zu fällen.

Ebenso bedauerlich ist, dass die CDU-Bundestagsfraktion offenbar den Sinn dafür verloren hat, welche Bedeutung einer Verfassung zukommt, und dass es deshalb im Interesse des Staatganzen liegt, verfassungsrechtliche Zweifel von der dafür zuständigen Gerichtsstanz entscheiden zu lassen.

Zu den Bemerkungen von "Rechtsexperten" der Koalitionsparteien, dass angeblich die nichtstimmberechtigten Berliner Bundestagsabgeordneten keine Befugnis hätten, gegen die stimmberechtigte Mehrheit des Bundestages zu klagen, wird aus Kreisen der Antragsteller ge-

sagt, dass derartige Behauptungen im Grundgesetz keine Stütze finden und das Wesen einer Normenkontrollklage völlig verkennen. Der Versuch einer Irreführung der öffentlichen Meinung, dass man von einer Klage der SPD spreche, muß auf das schärfste zurückgewiesen werden.

Es gibt weder eine Klage der SPD, noch überhaupt eine Klage. Insbesondere aber kein Parteiverfahren, in welchem sich Abgeordnete der Mehrheit oder der Minderheit aus eigenem Interesse als Parteien gegenüber stehen. Die Normenkontrollklage ist vielmehr ein objektives Verfahren, welches das Bundesverfassungsgericht von amtswegen durchzuführen hat. Es wird lediglich ausgelöst durch einen Anstoß aus der Mitte des Bundestages. Hierzu müssen sich ein Drittel der Mitglieder des Bundestages als Antragsteller zusammenschließen. Diese Minderheit übt nach dem Grundgesetz eine Kontrollfunktion aus. Sie hat also eine Befugnis eigener und besonderer Art, für die es in keiner Weise darauf ankommen kann, ob die Mitglieder des Bundestages auch bei Gesetzen stimmberechtigt sind oder nicht. Dass die Berliner Abgeordneten einzig und allein bei der Beschlußfassung über Gesetze gegenwärtig noch kein Stimmrecht haben, beruht auf keiner Vorschrift des Grundgesetzes, sondern ist Kraft Besatzungsrecht durch einen Eingriff der Alliierten in innerdeutsches Staatsrecht befohlen worden.

Diese besatzungsrechtliche Auflage ist eng und streng auszu-legen und hat lediglich die Mitwirkung an Gesetzgebungsbeschlüssen zum Gegenstand. Sie beeinträchtigt nicht alle übrigen Rechte, die einem Abgeordneten nach dem Grundgesetz zustehen.

Es muß daher außerordentlich befremden, dass die "Rechtsexperten" der Koalitionsparteien "alliiert" als die Alliierten selbst denken wollen.

\* \* \*

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau